

## AKTUELL

## KOMPETITIVITÄT

# EU gegen Index

Raymond Klein

**Bedroht die EU den Wohlstand in Luxemburg? Für die jüngsten deutsch-französischen Vorschläge mag das stimmen, doch mittelfristig lässt sich der europäische Wohlstand nur auf kontinentaler Ebene retten.**

Beim Index hört der Spaß auf. Hatten sich die luxemburgischen Gewerkschaften 2005 während der Diskussion über die EU-Verfassung noch auf die Seite der Europa-Begeisterten geschlagen, so scheinen sie mittlerweile völlig desillusioniert: „Es sieht so aus, als ob die europäischen Politiker sich nur noch der Lobby des Großkapitals unterwerfen und sich nicht mehr von Zielen wie sozialer Fortschritt oder Arbeitnehmerschutz leiten lassen“, wetterte der OGBL Anfang Februar in einem Kommuniké. Der Anlass für die Kritik: Deutschland und Frankreich hatten den anderen EU-Regierungen der Eurozone einen „Kompetitivitätspakt“ vorgeschlagen, der unter anderem die Abschaffung der automatischen Lohnanpassung vorsah, die es in einigen Mitgliedstaaten gibt. Der deutsch-französische Vorschlag ist noch nicht völlig vom Tisch, obwohl er von vielen Seiten und aus höchst unterschiedlichen Gründen kritisiert wurde. Für die Luxemburger Gewerkschaften ist die Sache jedenfalls klar: „Nein zur Einmischung der EU in die Sozialpolitik!“ war ein gemeinsames Kommuniké von OGBL und LCGB wenige Tage später überschrieben.

Ob eine solche Verweigerungshaltung klug ist, wird die Zukunft zeigen. Das Prinzip der Nichteinmischung schützt die nationalen sozialen Errungenschaften zwar vor einer europäisch verfügbaren Angleichung nach unten, nicht aber vor dem Lohndumping durch andere Mitgliedstaaten. Bisher stellen die Gewerkschaften den gemeinsamen Markt nicht in Frage. Mittelfristig kann in einem solchen Markt aber nur eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik die selbstzerstörerische Konkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten eindämmen. In diesem Sinne könnte der deutsch-französische Vorstoß auch eine Gelegenheit für die Gewerkschaften und die Linke im allgemeinen sein, aus der Defensive zu kommen und ihr Modell einer europäischen Konvergenz darzulegen.

Premierminister Jean-Claude Juncker zum Beispiel blockt regelmäßig

die Vorstöße seiner ausländischen Kollegen zur Harmonisierung der Lohnsysteme und des Rentenalters dadurch ab, dass er die Einführung europäischer Mindestlöhne fordert. Allerdings befindet sich Luxemburg bei den europäischen Verhandlungen häufig in der Defensive, weil nicht nur die soziale Errungenschaft Index, sondern auch das - in den Nachbarländern zu Recht als antisozial angesehene - Bankgeheimnis unter Beschuss steht. Außerdem wünscht sich Juncker eine Reform des Index und könnte den Druck aus Brüssel nutzen, um eine solche durchzusetzen.

Konsequenter sind da schon die Mainstream-Wirtschaftsexperten, in deren Augen Lohnerhöhungen Gift und die Index-Angleichungen Teufelszeug sind. Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, warnte, Lohnerhöhungen seien „eine große Dummheit“. Wie auch immer sein Nachfolger heißt - dass die Zentralbank von den monetaristischen Dogmen abrückt, ist sehr unwahrscheinlich.

Interessanterweise ticken die Uhren im Ursprungsland der neoliberalen Offensiven der Achtzigerjahre längst anders. Die Federal Reserve zum Beispiel berücksichtigt bei ihrer Geldpolitik sowohl das Inflationsrisiko als auch das - gerade jetzt akute - Risiko, die Konjunktur durch Austeritätspolitik abzuwürgen. Eine vor wenigen Wochen vorgestellte Studie der „American Chamber of Commerce to the EU“ zum wirtschaftlichen Potenzial des alten Kontinents empfahl denn auch keineswegs Lohnsenkungen. Maßnahmen, die den Wettbewerbsproblemen tatsächlich abhelfen könnten, müssten sich vielmehr auf Dinge richten wie die unzureichende Ausbildung, die mangelnde Attraktivität für gut ausgebildete Migranten, die ungenügenden Investitionen in der Forschung, insbesondere im Energiebereich, und die fehlende Bereitschaft, die Peripherie der EU einzubinden. Vorschläge, die sich wohltuend unterscheiden vom viel gepriesenen „deutschen Modell“ - einer Mischung aus Lohndumping und nationalem Egoismus.

## SHORT NEWS

## Du caviar et du ski

On connaissait la gauche caviar, il y a maintenant le « gratin caviar » ou, en version luxembourgeoise, « Kaviar-Schickeria ». C'est le terme que le syndicat enseignant Apress a choisi pour désigner celles et ceux qui, au ministère de l'éducation, envisagent de remplacer les trimestres par les semestres. Cette réforme aurait pour conséquence la modification de la durée de certaines vacances scolaires, en ponctionnant une semaine sur les vacances d'été pour la greffer aux vacances de Carnaval qui dureraient ainsi deux semaines au lieu d'une. Mais pour l'Apress, ce sont surtout les enfants issus de familles populaires et/ou immigrées qui en feraient les frais : le prolongement des vacances jusqu'à la mi-septembre permet à celles-ci de pouvoir profiter de tarifs réduits pour partir en basse saison. L'Apress fait aussi remarquer que ces familles, dont les parents sont souvent soumis aux congés collectifs, ne disposent pas d'autant de flexibilité pour rendre visite à leurs familles au Portugal ou au Monténégro. Parallèlement, les familles aisées pourraient prolonger pendant la période de Carnaval leur séjour « à Courchevel ou à Saint-Moritz ». Quant au syndicat SNE, s'il se prononce en faveur des semestres car il y voit une plus-value au niveau de l'évaluation, il se demande si cela doit pour autant avoir un impact sur la durée des vacances scolaires.

## Weil ich ein Mädchen bin

Mädchen interessieren sich weniger für Naturwissenschaften als Jungen, da diese vorwiegend anhand „männlicher“ Beispiele vermittelt werden, das haben ForscherInnen des „Centre for Educational Measurement and Applied Cognitive Science“ (EMACS) der Universität Luxemburg heraus gefunden. Sie haben eine Studie mit rund 200 Jugendlichen an verschiedenen luxemburgischen Schulen durchgeführt, die zeigte, dass Mädchen sich mehr für gesellschaftliche Themen wie die Abholzung des Urwalds interessierten, während Jungen Mechanik und Technologie spannender fanden. Fazit ist für Sylvie Kerger, Initiatorin der Studie und „enseignante-chercheur“ am EMACS, dass so wie derzeit Naturwissenschaften angeboten werden, vor allem Jungen angesprochen werden. Die Konsequenz aus diesem Ergebnis darf nicht sein, dass geschlechterspezifische Naturwissenschaftskurse eingeführt werden oder Mädchen und Jungen zukünftig gar in getrennten Klassen unterrichtet werden, so Kerger. Die Schulen sollten dagegen eher Kurse anbieten, die die gleichen Themen unterschiedlich behandeln.

## Risikofaktor Geschlecht

Frauen müssen bislang in Belgien wie auch in Luxemburg bei der Todesfallversicherung tiefer in die Tasche greifen als Männer, das aufgrund ihrer um etwa fünf Jahre höheren statistischen Lebenserwartung. Gegen diese Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts, machte der belgische Konsumentenverband „Test-Achats“ mobil. Die Organisation kritisiert seit 1995 die Pauschalisierungen der Versicherer, die statt der individuellen Lebensführung ihre Tarife an unabänderlichen Faktoren wie dem Geschlecht oder dem Alter bemessen. Dies soll nun anders werden: Zumindest Versicherungen nach Geschlecht, das entschied der Europäische Gerichtshof diese Woche, sind eine unzulässige Diskriminierung. Ab dem 21. Dezember 2012 sollen Frauen und Männern bei privaten Versicherungen keine unterschiedlichen Tarife mehr angeboten werden. Während die einen diese Entscheidung als historisches Urteil im Sinne der Gleichstellung sehen - kritisieren die Vertreter der Versicherungsbranche das Urteil. Zu befürchten ist, dass nun die Versicherer künftig zwar gleiche Tarife und Leistungen für Frauen und Männer anbieten - jedoch zu einem höheren Preis. Und dass die Tarife in Zukunft an sonstigen verhaltensbedingten Risikofaktoren bemessen werden, die Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebenserwartung haben - wie zum Beispiel das familiäre und soziale Umfeld, das Arbeitsfeld, Freizeitaktivitäten sowie der Konsum von Genussmitteln und Drogen. Ob also dieses Urteil am Anfang einer Entwicklung steht, die Diskriminierungen abbaut oder im Gegenteil mehr Kontrolle und andere Diskriminierungen zur Folge hat, wird die Zukunft zeigen.